

Wir fordern die Bundesregierung auf , den Bundestagsbeschluss zum Atomwaffenabzug aus der Bundesrepublik Deutschland vom 26.3.2010 nach mehr als zehn Jahren endlich umzusetzen, sich für einen Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland einzusetzen und keine neuen Atombomber für die Bundeswehr anzuschaffen

Mit dieser Mahnwache beteiligen wir uns an den weltweiten Protesten gegen atomare Aufrüstung. Hier die Grußbotschaft der letzten Überlebenden der Atombomben von Hiroshima und Nagasaki:

*Liebe deutsche Freundinnen und Freunde,
lasst uns zusammen eine große zivilgesellschaftliche Bewegung aufbauen,
die stark genug ist, Deutschland und Japan dazu zu bewegen, ihre
Unterstützung für die Doktrin der "nuklearen Abschreckung" aufzugeben
und den Atomwaffenverbotsvertrag sowohl zu unterzeichnen als auch zu
ratifizieren. Wir wollen mit den Menschen überall auf dem Erdball eine
Welt erreichen, die frei von Atomwaffen und frei von Krieg ist.
Wir wollen den blauen Planeten für unsere Kinder und Enkelkinder retten.
Tokyo Juli 2020
Terum Tanaka, Nagasaki, Hibakusha, Co-Vorsitzender Nihon Hidankyo*

Nihon Hidankyō ist eine japanische Friedensorganisation, die sich gegen nukleare Aufrüstung einsetzt. Sie ist die Organisation der Überlebenden der Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki, die Hibakusha.

Wir sollen doch nicht die letzten sein!

Es gibt bereits 80 Unterzeichnerstaaten des UN-Atomwaffenverbotsvertrages und diese 40 Staaten haben den Vertrag ratifiziert:

Guyana (20.09.17), Heiliger Stuhl (20.09.17), Thailand (20.09.17), Mexiko (16.01.18), Kuba (30.01.18), Palästina (22.03.18), Venezuela (27.03.18), Palau (03.05.18), Österreich (08.05.18), Vietnam (17.05.18), Costa Rica (05.07.18), Nicaragua (19.07.18), Uruguay (25.07.18), Neuseeland (31.07.18), Cookinseln (04.09.18), Gambia (26.09.18), San Marino (26.09.18), Vanuatu (26.09.18), St. Lucia (23.01.19), El Salvador (30.01.2019), Südafrika (22.02.19), Panama (11.04.19), St. Vincent und die Grenadinen (31.07.19), Bolivien (06.08.19), Kasachstan (29.08.19), Ecuador (25.09.19), Bangladesch (26.09.19), Kiribati (26.09.19), Laos (26.09.19), Malediven (26.09.19), Samoa (26.09.18), Trinidad und Tobago (26.09.19), Dominika (18.10.19), Antigua und Barbuda (25.11.19), Paraguay (23.01.2020), Namibia (02.04.20), Belize (19.05.20), Lesotho (08.06.20), Fidschi (07.07.2020), Botswana (15.07.2020)



**Hiroshima und Nagasaki mahnen:
Keine Atombomber für die Bundeswehr!
Beitritt zum UN-Atomwaffenverbot jetzt!**



www.bundeswehrabschaffen.de
Deutsche Friedensgesellschaft · Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, LV Hamburg-Schleswig-Holstein, Exerzierplatz 19, 24103 Kiel, v.i.S.d.R. Cöppers

Hiroshima und Nagasaki mahnen:

Keine neuen Atombomber für die Bundeswehr!

UN-Atomwaffenverbotsvertrag: jetzt beitreten!

Vor 75 Jahren am 6. und 9. August 1945 wurden Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki abgeworfen. etwa 100.000 Menschen verdampften und verbrannten sofort, bis zum Ende des Jahres 1945 starben weitere 130.000 Menschen. Über die Jahre starben weitere an den Folgen. Die Opfer mahnen uns, wegen der katastrophalen Folgen eines Atomwaffeneinsatzes für eine Welt ohne Atomwaffen einzutreten.

Die Aufrüstung mit Atomwaffen ist aktuell

In die Aufrüstung von Atomwaffen sollen Milliarden Steuergelder investiert werden. 2019 gaben die Atommächte 73 Milliarden US-Dollar für atomare Aufrüstung aus.



Auch die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Atombomben sollen durch zielgenaue, flexibel einsetzbare neue Atombomben vom Typ B61-12 ersetzt werden. Zusätzlich sollen auch neue F18-Atombombenträgerflugzeuge für die Bundeswehr angeschafft werden, um die atomare Teilhabe der Bundesrepublik auch weiterhin aufrechtzuerhalten. Die Atombomber sollen über 8 Milliarden Euro kosten. **Jeder einzelne Deutsche zahlt damit über 100 Euro für den Atomkrieg.** Die Aufkündigung des INF-Vertrages, führt zur nuklearen Aufrüstung mit weiteren in Europa stationierten Atomwaffen.

Solange es Atomwaffen gibt, besteht die Gefahr, dass auch jeder konventionell begonnene Krieg zu einem Atomkrieg eskaliert. Die Aufrüstung der Bundeswehr mit Cyberkrieg, Drohnen und Elektronischer Kampfführung erhöht die Gefahr eines Atomkrieges als Folge eines Computerfehlers.

Außerparlamentarischen Widerstand ist nötig

Der nuklearen Aufrüstung und der drohenden Neustationierung von Atomwaffen in Europa muss Widerstand entgegengesetzt werden, denn es geht um unser aller Überleben. Werdet aktiv und beteiligt Euch an Aktionen gegen die atomare Aufrüstung. damit Widerstand sichtbar wird.

Die Städte Flensburg und Kiel waren unter den ersten 25 Städten, die den ICAN-Städteappell für den UN-Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichneten, aber der schleswig-holsteinische Landtag tut bisher nichts dazu.

Wir fordern die Politikerinnen und Politiker im schleswig-holsteinischen Landtag auf, sich dafür einzusetzen, dass das Bundesland Schleswig-Holstein beschließt, den UN-Atomwaffenverbotsvertrag zu unterstützen und die Bundesregierung auffordert, ihm beizutreten.

Bisher haben dies bereits die Bundesländer Bremen, Berlin, Hamburg und Rheinland-Pfalz beschlossen, **sich über die Ländervertretung dafür einzusetzen, dass die Bundesrepublik Deutschland den UN-Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnet.**

Wir fordern die Mitglieder des Landtages auch dazu auf, die Genehmigungen für die eventuellen Überflüge oder die Stationierung von-Atombombenträgern oder neuer atomarer Mittelstreckenraketen in Schleswig-Holstein zu verweigern.

**Das Land Schleswig-Holstein soll
eine atomwaffenfreie Zone sein.**